

sozialdemokratischer pressediens

P. XXV/223

25. November 1970

Friedrich Engels

Zu seinem 150. Geburtstag am 28. November

Von Prof. Dr. Georg Willers (Kiel)

Seite 1 / 44 Zeilen

Akzeptiert die DDR internationales Sportrecht?

Westberlin auch hier ein wichtiger Prüfstein

Von Dr. Adolf MÜLLER-Emmert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport
und Olympische Spiele

Seite 2 und 3 / 58 Zeilen

Transparenz für Berater-Verträge

Eine notwendige Konsequenz aus aktuellen
Vorgängen

Seite 4 / 44 Zeilen

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung

Dr. Erhard Eppler: Entwicklungspolitik

Seite 5 bis 7 / 111 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telefax: 898 646/898 6477
536 348 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 66 11

Friedrich Engels

Zu seinem 130. Geburtstag am 28. November

Von Prof. Dr. Georg Willers (Kiel)

Friedrich Engels, der Sohn eines reichen, streng reformierten Tuchfabrikanten aus Barmen, hätte bequem leben und über die nationalliberale Partei ein hohes Regierungsamt erreichen können. Er wurde aber Sozialist und Anwalt der Entrechteten.

Den Grund erzählt er uns in seinen "Briefen aus dem Wuppertal": "... Es herrscht ein schreckliches Elend unter den niederen Klassen, besonders den Fabrikarbeitern im Wuppertal; syphilitische und Brustkrankheiten herrschen in einer Ausdehnung, die kaum zu glauben ist. In Elberfeld allein werden von 2.500 schulpflichtigen Kindern 1.200 dem Unterricht entzogen und wachsen in den Fabriken auf, bloß damit der Fabrikherr nicht einem Erwachsenen, dessen Stelle sie vertreten, das Doppelte des Lohnes zu geben nötig hat! ... Die reichen Fabrikanten aber haben ein weites Gewissen, und ein Kind mehr oder weniger verkommen zu lassen, bringt keine Pflanzenseele in die Hölle, besonders wenn sie alle Sonntage zweimal in die Kirche geht..."

Als er mit väterlicher Hilfe in Manchester und später in London, wo Marx bereits lebte, bei einer befreundeten Firma Stellung fand, beobachtete er in England ähnliche Zustände.

Was konnte er zur Erlösung der ausgebeuteten Arbeiter und deren Kinder tun? Gewalttätige Erhebung war aussichtslos. Das hatte ihm der badische Freiheitskampf gezeigt. Nur Aufklärung, Bildung und Zusammenschluß kamen in Frage. Das Ergebnis der von ihm mit seinem Freunde Karl Marx gemachten Erfahrungen und eifrig betriebener Überlegungen und Forschungen war das Kommunistische Manifest von 1848. In der Folgezeit wurde er zum Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus und gemeinsam mit Marx der Schöpfer der materialistischen Geschichtsauffassung.

Bedeutend wie der Schriftsteller war auch der Mensch Friedrich Engels. Im Umgang mit Notleidenden und Bedrängten folgte er dem Goethewort: "Edel sei der Mensch, hilfreich und gut." Sein Londoner Haus war Treffpunkt internationaler Gesinnungsfreunde. Hier wurden große Pläne beraten. Engels sprach eine ganze Reihe von Fremdsprachen einschließlich russisch.

Bis zum Alter bewies er eine erstaunliche geistige Frische. Er konnte noch den III. Band des "Kapital" herausgeben, den er zusammen mit Marx verfaßt hatte. Leider ging es dann mit seiner Gesundheit bergab. 1895 stellte der Arzt einen Krebs in der Speiseröhre fest. Am 5. August 1895, abends um 10 Uhr, verschied er. Wie er es gewünscht hatte, wurde sein Leichnam eingeäschert und die Asche ins Meer versenkt. In einem Nachruf hieß es: "Welche Leuchte der Vernunft ist nun erloschen, was für ein Herz hat aufgehört zu schlagen!"

Akzeptiert die DDR internationales Sportrecht?

Westberlin auch hier ein wichtiger Prüfstein

Von Dr. Adolf Müller-Ermert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport und Olympische Spiele

Willi Daume, Ehrenpräsident des Deutschen Sportbundes (DSB), und Experte in sportlichen Ost-Westfragen, sah als Grund für das Einlenken der Ostberliner Sportführung bei der zweiten Verhandlungsrunde in München einen Zusammenhang mit hochpolitischen Ereignissen. Für Daume ist die betonte Bereitschaft der DDR, die Fahrbahn für Sportbeziehungen mit der Bundesrepublik freizumachen, auf der Linie der Verhandlungen der Bundesregierung mit Moskau, Warschau und Ostberlin zu sehen. Noch vor weniger als einem Jahr schien es nicht möglich, daß politische Aktionen Wellenbrecher für den Sport sein könnten. Die bundesdeutsche Sportführung war gut beraten, bereits am 2. Juli dieses Jahres in Halle - beim ersten Treffen der beiden Deutschen Sportbünde nach elf Jahren - der Ostberliner DTSB-Verhandlungsdelegation eine klare Konzeption zu unterbreiten, die durch sportpolitische Stützungsmaßnahmen der Bundesregierung realistisch war.

Nun bleibt zunächst einmal abzuwarten, wie die "Empfehlung" des DTSB, mit dem Mitglied des Zentralkomitees der SED, Manfred Ewald, an der Spitze, aussieht, die der DTSB-Führungstab den DDR-Sportfachverbänden am 26. November 1970 unterbreiten wird. In der DDR-Diktion kann "Empfehlung" alles oder auch nichts bedeuten; denn im Gegensatz zu der Konstellation der Sport-selbstverwaltung in der Bundesrepublik sind die Sportfachverbände der DDR keine selbständigen Verbände, sondern Organe des DTSB. Dieser will, so sagte Präsident Ewald in München, seinen Fachverbänden empfehlen, Sportbeziehungen zu den Verbänden der Bundesrepublik in der Form aufzunehmen, wie sie zwischen Sportverbänden souveräner, voneinander unabhängiger

Staaten" üblich sind.

Im Rahmen einer Wiederaufnahme der Sportbeziehungen nach den Regeln und Bestimmungen des Sports sieht der Deutsche Sportbund die Begegnungen auf Vereinsniveau als Kernstück an, wobei die Einbeziehung des Westberliner Sports eine unverzichtbare Selbstverständlichkeit für den Deutschen Sportbund ist, der die Berliner Sportverbände zu seinen Gründungsorganisationen zählt. Diese "gewachsene Bindung" an den Deutschen Sportbund der Bundesrepublik ist den Berlinern von den internationalen Sportförderungen und dem Internationalen Olympischen Komitee stets testiert worden. Trotz der bisherigen Beteuerungen der DTSB-Führung, daß sie Regeln und Bestimmungen der internationalen Verbände voll akzeptiere, erlebten die Westberliner durch die DDR im Zusammenhang mit deren "Drei-Staaten-Theorie" eine ständige Diskriminierung. In den Verträgen des DTSB mit den Sportorganisationen der anderen Ostblockstaaten wurde die "Spezialbehandlung" des Westberliner Sports stets gegenseitig versichert. Wenn der DTSB in Zukunft seine Versicherung, nicht zu diskriminieren, praktisch und glaubhaft beweisen will, dann müßte er selbst und gegenüber seinen Vertragspartnern auf die Diskriminierung Westberlins im Sport verzichten und damit internationalem Sportrecht entsprechen.

Nicht zuletzt an der Westberlin-Frage wird sich also entscheiden, wie ernst es der Ostberliner Sportführung mit einer befriedigenden Lösung der Sportbeziehungen in Deutschland ist. Zudem dürfte eine Viermächterregelung über Berlin - unter Akzeptierung der gewachsenen Bindungen Westberlins zur Bundesrepublik - auch für die Sportbeziehungen eine sichere Basis bringen, die den Sport von einer weiteren politischen Bürde befreien würde.

Transparenz für Berater-Verträge

Eine notwendige Konsequenz aus aktuellen Vorgängen

Die versuchte, jedoch mißlungene Abwägung des FDP-Bundestagsabg. Geldner, hat das Augenmerk der Öffentlichkeit auf einen besonderen Aspekt dieser unrühmlichen Affäre gerichtet. Angefangen hat sie mit einem Berater-Vertrag. Darf ein Abgeordneter, sei es eines Landtages oder des Bundestages, Berater-Verträge mit Privatfirmen oder öffentlichen Unternehmen abschließen? Um die Antwort vorwegzunehmen: Im Abschluß eines Berater-Vertrages liegt nichts Unsittliches oder Unehrenhaftes. Vielfältig sind ja die Anforderungen, die an die gewählten Volksvertreter gestellt werden. Von ihnen wird erwartet, daß sie nicht nur Gesetze machen, die das Leben aller Bundesbürger berühren, von ihm, dem Abgeordneten, erhofft sich auch sein Wahlkreis, daß er bei Wahrnehmung der Allgemeininteressen auch die Sonderinteressen des Wahlkreises berücksichtigt. Das kann das Eintreten für Belange von Firmen und Unternehmungen bedeuten, deren Tätigkeit und Funktion von volkswirtschaftlicher Bedeutung sind. Es ist nichts Ungewöhnliches, ja es gehört zum täglichen Leben, daß Abgeordnete bei der Vergabe von Aufträgen sich für bestimmte Firmen einsetzen, weil ihnen daran liegen muß, daß die Bevölkerung ihres Wahlkreises nicht zu kurz kommt. Das ist legitim, und solche Tätigkeit ist manchmal auch mit Berater-Funktionen verbunden, für die eine Sonderentschädigung gezahlt wird.

Ein solcher Abgeordneter, einer Firma durch Berater-Vertrag verbunden, kann freilich leicht in ein schiefes Licht geraten, wenn sich diese Art von Tätigkeit im Dunkeln und ohne Kenntnis der Öffentlichkeit vollzieht. Nicht zuletzt aus diesem Grund wäre mehr Durchsichtigkeit und Transparenz im Umgang von Abgeordneten mit Firmen und Firmenvertretungen dringend geboten. Genau in dieser Richtung zielt ein Vorschlag des Bundesgeschäftsführers der SPD Hans-Jürgen Wischniewski - auch der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, MdB Hans Kötzer, äußerte ähnliche Gedanken - alle Fälle, in denen Abgeordnete als Berater für Firmen und Unternehmungen tätig sind, offiziell und öffentlich zu registrieren, so daß jedermann weiß, was dieser Abgeordnete tut, welche geschäftlichen Verbindungen er pflegt und was er dafür bekommt. Dem amerikanischen Senat sind alle Lobbyisten bekannt, die über Vermittlung von Abgeordneten Einfluß ausüben. Die Berater-Tätigkeit eines Volksvertreters läßt sich mit dem Wirken eines Lobbyisten nicht vergleichen, aber im Prinzip geht es um den gleichen Grundsatz, den Grundsatz nämlich, daß nichts im Verborgenen sich zu vollziehen hat, was im öffentlichen Bereich geschehen soll.

Die Anregungen von Wischniewski und Kötzer verdienen allergrößte Beachtung. Ihre Verwirklichung wäre dem Ansehen des ganzen Parlaments förderlich, diene der politischen Meinungsbildung und entzöge oft grundlosen Verdächtigungen den Boden. Das sollte kein Streitfall zwischen Regierung und Opposition und auch nicht zwischen den Parteien sein. Hier sollte ein gemeinsames Interesse gelten. Es kann nicht unmöglich sein, auf der Suche nach einer Lösung einen gemeinsamen Weg zu finden. Den Gewinn hätten alle.

Albert Exler

Leistungen und Perspektiven

Ein Jahr sozialliberale Regierungsverantwortung (7)

Dr. Erhard Eppler: Entwicklungspolitik

I. Das Geleistete

1. Die Bundesregierung hat am 26. Februar 1970 die Grundsätze der deutschen Entwicklungspolitik für das zweite Entwicklungs Jahrzehnt (1971 - 1980) beschlossen. Sie orientieren sich an den internationalen Empfehlungen für Entwicklungspolitik. Die Bedeutung der Entwicklungspolitik ist in der Finanzplanung von 1970 - 1974 anerkannt worden. Die Mittel der Entwicklungshilfe steigen jährlich insgesamt um elf vH., für Kapitalhilfe um neun vH. und für die Technische Hilfe um 18 vH.

2. Wir haben neue Schwerpunkte gesetzt. Statt einseitiger Orientierung am wirtschaftlichen Wachstum werden jetzt stärker die Auswirkungen auf die Sozialstruktur berücksichtigt. Erziehung und industrielle Produktion werden mehr auf Arbeitsplatzbeschaffung ausgerichtet; in der Landwirtschaft ergänzen Beratung bei Verkauf und Weiterverarbeitung die Steigerung der Erträge; dazu kommen Maßnahmen des community development auf den Gebieten der Gesundheit, Erziehung und Wohnung.

3. Um den Entwicklungsländern zu ermöglichen, von der deutschen Kapitalhilfe den besten Gebrauch zu machen, haben wir den Anteil der an deutsche Lieferungen gebundenen Kredite auf 33 vH. herabgedrückt. Trotzdem stammen 80 vH. der mit deutscher Kapitalhilfe gekauften Waren aus der BRD.

4. Die Entwicklungspolitik der BRD gewinnt immer mehr internationale Anerkennung und trägt zum politischen Ansehen der BRD in Industrie- und Entwicklungsländern bei. Auf der Heidelberger Konferenz vom Juni 1970 kamen die führenden Entwicklungspolitikern aller großen westlichen Industrieländer und der internationalen Organisationen zusammen, um über eine bessere Planung der Entwicklungshilfe auf Länderebene zu beraten. Obwohl sie nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, wurde die BRD in den Vorbereitenden Ausschuss für die Planung des 2. Entwicklungs Jahrzehnts gewählt und hat dort aktiv mitgearbeitet. Ich selbst bin von Generalsekretär U Thant in den Beratenden Ausschuss des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen berufen worden.

5. Um die Wirksamkeit der Hilfe zu steigern, ordnen wir unsere Maßnahmen nicht nur in die nationale Zielsetzung der Entwicklungsländer ein und stimmen sie mit der Tätigkeit

anderer Geber ab. Wir haben auch unseren eigenen Durchführungsbereich gestrafft und die organisatorischen Voraussetzungen für eine Entwicklungspolitik aus einem Guß geschaffen. Die Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden gegenüber Wirtschaftsministerium, Landwirtschaftsministerium und Bundespresseamt neu abgegrenzt. Unter Mithilfe der Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde das Haus selbst so umorganisiert, daß die Regionalreferate die Entwicklungshilfe für die einzelnen Länder programmieren können. Die Durchführung der Projekte wurde als nichtministerielle Aufgabe aus dem Ministerium ausgegliedert und der neugegründeten Bundesstelle für Entwicklungshilfe übertragen, die sich für ihre Aufgaben der Deutschen Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer (GAWF) bedient.

6. Auf meinen Vorschlag hat der Bundespräsident 27 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in das Deutsche Forum für Entwicklungspolitik berufen. Dieses Forum soll der Entwicklungspolitik der Bundesregierung laufend neue Impulse geben, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Stellen stärker und über Notwendigkeit und Ziele der Entwicklungspolitik informieren.

II. Arbeit im nächsten Jahr

1. Die deutsche Entwicklungspraxis folgt den Grundsätzen der von den Vereinten Nationen für das 2. Entwicklungs Jahrzehnt beschlossenen Strategie und zielt auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen ebenso ab wie auf wirtschaftliches Wachstum. Eine Kabinettsvorlage zur entwicklungspolitischen Konzeption, die die einzelnen sozialen Sektoren wie Bildung, Beschäftigung, Gesundheit etc. darstellt, wird vorbereitet. Sie wird auch den planmäßigen und kombinierten Einsatz der einzelnen Instrumente der Entwicklungshilfe behandeln. Die deutsche Hilfe für die einzelnen Länder wird nach dieser Konzeption und unter Berücksichtigung der nationalen Planung von den Regionalreferaten des BMZ programmiert.

2. Zur Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen, insbesondere des Zieles von 0,7 vH. des Bruttonationalprodukts an öffentlicher Hilfe, müssen wir weitere Finanzquellen erschließen, soweit möglich ohne zusätzliche Belastung des Haushalts. Dazu gehört auch die stärkere Wiederverwendung der Rückflüsse der Kapitalhilfekredite für Zwecke der Ent-

wicklungshilfe.

3. Auch die personellen Voraussetzungen für eine effiziente Entwicklungspolitik werden wir im kommenden Jahr verbessern. Der künftige Bedarf an Fachkräften wird zur Zeit ermittelt. Durch den Abschluß unbefristeter Verträge werden wir bewährten Experten größere arbeits- und sozialrechtliche Sicherheit geben.

4. Für Hochschulstudenten, die bisher die Alternative Entwicklungsdienst statt Wehrdienst nicht wählen konnten, da sie im Alter von 23 Jahren meist ihre Berufsausbildung nicht abgeschlossen haben, wird ein Programm entwickelt.

5. Falls der Bundestag die Mittel bewilligt, wird im nächsten Jahr für Arbeitnehmer aus Entwicklungsländern, die zur Rückkehr bereit sind, ein Förderungsprogramm anlaufen, das sie in die Lage versetzen soll, zur Entwicklung ihres Landes beizutragen. Es umfaßt Ausbildungsmaßnahmen, Arbeitsplatzvermittlung, Beratung und Kredite bei Betriebsbegründungen.

6. In Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Wirtschaft sind wir dabei, einen Katalog über entwicklungsfördernde wirtschaftliche Tätigkeit in Entwicklungsländern zu erstellen, der zur Grundlage einer gezielten staatlichen Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern gemacht werden könnte.

7. Das BMZ wird die Chance einer Mitarbeit in den internationalen Entwicklungshilfeorganisationen verstärkt nutzen, einen wachsenden Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe über diese Organisationen leiten und so der Aufnahme der BRD in die Vereinten Nationen vorarbeiten.

Wir sind uns bewußt, daß eine moderne Entwicklungshilfe zum Frieden in der Welt und im eigenen Lande beiträgt. Die nächsten Jahrzehnte werden geprägt sein vom Ruf der jungen Generation in Entwicklungsländern nach einer Lebenschance und vom Ruf der jungen Generation hier nach mehr Gerechtigkeit. Wir werden darauf hören.